

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Landhaus, Herrengasse 16, 8010 Graz,
Fax 0316/877 5108 oder E-Mail:
volksstimme@kpoe-steiermark.at

Land zahlt Millionen an betuchte Fondbesitzer

Bitte unternehmen Sie etwas dagegen, damit den alten Leuten nicht der letzte Euro aus der Tasche gezogen wird. Auch das Land würde das Geld für andere wichtige Probleme brauchen. Statt jenen, die ohnehin viel haben, noch mehr in den Rachen zu werfen. Die Banken sollten vom Staat auch kein Geld mehr bekommen.

Die Absicherung für Pflegeeltern finde ich sehr gut. Die Kinder sind die Zukunft. Ich bitte Sie tun Sie etwas, nur in der Zeitung schreiben ist zuwenig.

Frau S., St. Marein

Anmerkung: KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler setzt sich seit 2006 für die Rechte der Pflegeeltern ein, nun kommt tatsächlich eine Absicherung im Interesse der Pflegeeltern und -kinder.

Bei den Pflegeheimen wurden von der KPÖ bereits Schritte gesetzt, die den Missständen ein Ende bereiten sollen. Leider haben sich viele Gemeinden

langfristig den Geschäftemachern ausgeliefert.

Magere Lohnabschlüsse

Ihr analysiert im Artikel die Lohnabschlüsse und schlussfolgert: „Zieht man Bilanz, so haben die Gewerkschaften den Beschäftigten eine reale Nulllohnrunde beschert.“ Immer noch ist es so, dass nicht die Gewerkschaften, sondern die Unternehmer den Lohn „bescheren“. Sie sind es, die sich einer Umverteilung verweigern.

Allerdings haben die Gewerkschaften zu Betriebsversammlungen als Kampfmittel in den Metallbetrieben aufgerufen. In 2/3 der Betrieben ist man dem Aufruf gefolgt. Das ist sicher nicht überwältigend, aber auch nicht schlecht. Damit wurde ein Einkommensergebnis ohne weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit erreicht, von der Hermann Haslauer, Chefverhandler der Arbeitgeber, von Beginn an nicht abrücken wollte.

Anne Rieger, Graz

Was sie wollen

Wir freuen uns immer auf Ihre Zeitung. Es ist erschütternd, was so alles in Österreich vor sich geht. Dieses Land ist für den kleinen Mann so schlecht geworden, dass er sich bald altes Brot kaufen muss. 1,5 Prozent Pensionserhöhung sind eine bodenlose Frechheit. Die Politiker kassieren

Millionen, die Leistung ist lächerlich. Die EU-Herrschaften bekommen 3,7 % Erhöhung, das stinkt zum Himmel.

Hoffentlich gibt es bei der Landtagswahl für ÖVP und SPÖ einen gehörigen Denkmittel. Die glauben, dass sie mit dem Volk machen können, was sie wollen. Herr M., Bad Aussee

Transferkonto

In unserer letzten Ausgabe fragten wir, ob staatlichen Leistungen nur bei sozial Schwachen oder bei allen Empfängern öffentlicher Mittel offengelegt werden sollen.

Meist findet das „Ausnutzen“ von Förderungen und Zuschüssen nicht „unten“ statt, sondern in Kreisen, die weit entfernt sind von Geldsorgen. Hier wird sehr oft nur jede erdenkliche Möglichkeit genutzt, um gratis zu stolzen Überweisungen zu kommen. Das wird dann noch als schlau und unternehmerisch vorgezeigt und empfunden.

Ich halte nichts davon, dass aus Ungerechtigkeiten der Aufteilung des vorhandenen großen Kuchens (zu geringer Lohn für viele, viele Arbeiter, obwohl genügend Gewinn vorhanden ist) der normale Mensch in einen Almosenempfänger verwandelt wird.

Beate K., St. Oswald

Bei den Transferleistungen an die Bauern stellt sich heraus, daß viele Leistungen beziehen, die vorzugsweise bei einer Partei, Bank etc. arbeiten! Diejenigen, die dringend einen Arbeitsplatz brauchen, gehen leer aus.

Herr N., Bärnbach

Privater Müllentsorger ist Pleite

Viele steirische Gemeinden betroffen

Depomie
Frohnleiten



Die Müllfirma UEG ist in Konkurs. Eine der Ursachen dafür dürften Spekulationen in Osteuropa sein.

In der Steiermark sind ganze Regionen und Bezirksmülldeponien betroffen. Auch Gemeinden werden von der Pleite in Mitleidenschaft gezogen: Zum Beispiel Eisenerz, Köflach, Bärnbach, Voitsberg oder Frohnleiten, aber auch Graz.

Die KPÖ fordert die Übernahme der UEG nach dem Konkurs durch das Land: „Anscheinend ist die Firma zu Tode gewirtschaftet worden. Das gibt der öffentlichen Hand die Möglichkeit, in Bereiche der Müllentsorgung in der Steiermark einzusteigen, die sonst von privaten Konzernen vollständig monopolisiert würden.“

Bei der Abfallwirtschaft handelt es sich um einen existenziellen Bereich der Daseinsvorsorge, der von vornherein am Gemeinwohl ausgerichtet sein muss. Profitmaximierung hat in diesem Bereich nichts verloren.

Steirische Volksstimme

Impressum: Medieninhaber: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrengasse 16/3, 8010 Graz. Verlags- und Herstellungsort: Graz.

Tel. 0316 / 877-5102

Fax 0317 / 877-5108

E-Mail: volksstimme@kpoe-graz.at //

DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KP Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



**Helfen statt reden
Mit Rat und Tat!**

KPÖ Notruf 0316/ 877 5102

Wir beraten Sie gerne. Tel. Anmeldung erbeten, Landhaus=Hinterhaus